

Presseinformation

Nr. 300 / 2014

Kiel, Dienstag, 1. Juli 2014

Soziales / Geburtshilfe

Anita Klahn: Sicherstellungszuschlag für Geburtshilfestation Oldenburg vonnöten

Zur aktuellen Diskussion über die Geburtshilfestation Oldenburg erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die FDP-Fraktion hat in ihrer heutigen Sitzung nach intensiver Beratung über die Vorgänge um die Geburtshilfestation Oldenburg einen Antrag beschlossen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, durch Anordnung eines Sicherstellungszuschlages der geplanten Schließung zum 1. August entgegenzuwirken. Wir sind der Auffassung, dass vor einer Schließung ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Versorgungssicherheit zu erarbeiten ist. Dieses liegt klar im Verantwortungsbereich von Sozialministerin Alheit.“

Hintergrundinformation – Der Antragstext im Wortlaut:

- 1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass derzeit kein Versorgungskonzept vorliegt, welches eine Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg zum 01. August 2014 vertretbar macht.*
- 2. Um die Versorgung im Raum Oldenburg sowie Fehmarn mit geburtshilflichen Leistungen sicherzustellen, fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, einen Sicherstellungszuschlag für die Klinik in Oldenburg anzuordnen.*
- 3. Der Landtag fordert die Landesregierung zusätzlich auf, weitere konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die die geburtshilfliche Versorgungssicherheit in Regionen mit Versorgungsproblemen, wie Ostholstein und Nordfriesland, gewährleisten. So ist der in dem Bericht zur Situation der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein als Handlungsnotwendigkeit beschriebene Ausbau von Netzwerkstrukturen zügig voranzutreiben.*



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-fraktion-sh.de